

BASis Info 7/2016

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

05.08.2016

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, liebe Leser,
die parlamentarische Sommerpause läuft, aber für ein sommerliches Pausengefühl ist in diesen Tagen zu viel los. Die furchtbaren Taten von München, Würzburg oder Ansbach machen vielen Menschen große Sorgen. 100 Prozent Sicherheit kann es in einem freiheitlichen Rechtsstaat nicht geben. Unsere SPD-Fraktion setzt sich aber für einen starken Staat ein und wir haben in der Großen Koalition schon viel auf den Weg gebracht: Erst im Juni haben wir ein Gesetz zum besseren Informationsaustausch bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus verabschiedet. Auch die Bewilligung von 3000 neuen Stellen für die Bundespolizei war dringend geboten. Bis 2019 will die SPD insgesamt 12.000 neue Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen. Ein Einsatz der Bundeswehr im Inland dient aber mit Sicherheit nur der persönlichen Profilierung der Verteidigungsministerin. Die Polizei hat in München und in Köln sehr gute Arbeit geleistet. Dafür auch hier: Danke.

Rund um die Demonstration in Köln haben wir gesehen,

wie viel Konfliktpotenzial gerade beim Türkei-Thema herrscht. Wir sehen viele Entwicklungen in der Türkei, die nichts mit Demokratie und Rechtsstaat zu tun haben.

Jetzt kocht das Thema Visafreiheit hoch, obwohl wir einen Kriterienkatalog gemeinsam vereinbart haben und diese 72 Kriterien für jeden Drittstaat gelten. Die EU hält sich an die Vereinbarungen und zahlt ihren Beitrag (übrigens an die Flüchtlinge und Hilfsorganisationen wie Unicef. Nicht an die türkische Regierung). Daher ist klar: Europa darf sich nicht erpressen lassen. Und wenn die Türkei jetzt sogar die Todesstrafe wieder einführt, müssen die Beitrittsverhandlungen mit der EU im gleichen Moment enden. Trotzdem besteht das Land nicht nur aus Erdogan und seinen Anhängern. Viele Menschen hoffen auf Europa.

Natürlich beschäftigt auch mich der Fall Petra Hinz — ihr Umgang mit MitarbeiterInnen und ihr gefälschter Lebenslauf. Ich schwanke immer wieder zwischen Nachdenklichkeit und Fassungslosigkeit. Sie ist offenbar viel kranker als gedacht und bekommt jetzt hoffentlich die

nötige Hilfe. Wichtig ist mir zu betonen, dass in der SPD nicht Hochschul- und Studienabschlüsse zählen. Bei uns ist man auch ohne Schulabschluss herzlich willkommen und kann mit Hauptschulabschluss 10 Typ B Parlamentarische Geschäftsführerin werden.

Niemand kann Petra Hinz einfach aus dem Bundestag schmeißen, sie ist gewählte Abgeordnete. Ich kann daher nur hoffen, dass sie ihr Mandat jetzt niederlegt und uns alle dieser Fall noch stärker zum Hinsehen sensibilisiert.

Trotz allem geht es am 31. August in Berlin weiter mit der Klausurwoche der SPD-Bundestagsfraktion und für den selbigen Mittwoch habe ich noch einen heißen Tipp zum Mitmachen und Solidarität zeigen: Der Stahlaktions-tag der IG Metall in Duisburg.

Ich wünsche Ihnen weiterhin schöne Ferienwochen.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Halbjahresfazit und Ausblick

Im 1. Halbjahr haben wir im Deutschen Bundestag wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Zeit für einen kleinen Rückblick: Wichtig ist mir als Duisburgerin zum Beispiel, dass die Koalition die Lage der Stahlunternehmen am 28. April mit dem Antrag „**Stahlindustrie in Deutschland und Europa stärken**“ auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt hat. Unsere SPD engagiert sich auf allen Ebenen für die Stahlindustrie. Mit unserem Antrag stärken wir der Bundeskanzlerin und dem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gegenüber der EU-Kommission den Rücken und fordern Brüssel u.a. auf, schneller und effektiver gegen hochsubventionierte Stahlimporte vorzugehen.

Als Gesundheitspolitikerin freue ich mich, dass wir ein **Gesetz zur Bekämpfung von Korruption im Gesundheitswesen** verabschiedet haben. Das Projekt war in der vergangenen Legislaturperiode noch von Schwarz-Gelb gestoppt worden. Patientinnen und Patienten müssen sich darauf verlassen können, dass sie die beste Gesundheitsversorgung erhalten. Deshalb machen sich Ärzte strafbar, die von einer Pharmafirma Gelder für das Verschreiben ihrer Medikamente erhalten. Ebenso strafbar machen sich Apotheker, die einem Arzt Geld dafür geben, dass dieser ihnen seine Patienten schickt.

Ein deutlicher Fortschritt ist auch das **Integrationsgesetz** — mit Rechten und Pflichten. 100.000 Arbeitsgelegenheiten bieten Beschäftigung für Flüchtlinge, entlasten die Kommunen und fördern die Integration. Der Zugang zur Ausbildungsförderung wird erleichtert. Geduldete Flüchtlinge erhalten einen rechtssicheren Aufenthaltsstatus für ihre Ausbildung sowie für weitere zwei Jahre im Job. Die Vorrangprüfung setzen wir für drei Jahre aus, die Bundesländer entscheiden aber selbst über die Anwendung in ihren Arbeitsagenturbezirken. Gleichzeitig fordern wir die Pflicht zur Beteiligung an den Sprach- und Integrationskursen und steuern den Zuzug der Menschen mit einer Wohnsitzauflage. Und klar ist auch: Im nächsten Schritt brauchen wir jetzt ein Einwanderungsgesetz.

Zum 1. August haben wir außerdem das **BAföG** und das **"Meister-BAföG"** erweitert und erhöht. Gute Bildung und Chancengleichheit setzen eine gute Finanzierung voraus.

Auch beim **Fracking** ist unserer SPD-Bundestagsfraktion endlich eine Einigung mit der Union gelungen. Mehr als ein Jahr lagen die Gesetzentwürfe vor, nach bisheriger Rechtslage war Fracking erlaubt und Anträge von Unternehmen sollten demnächst gestellt werden. Unkonventionelles Fracking wird jetzt verboten, die Erdgasförderung

wird sauber und Forschung gibt es nur mit Zustimmung der Länder. Unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat bereits mehrfach öffentlich erklärt, dass sie diese Zustimmung für NRW nicht geben wird. Ein großer Erfolg für den Schutz von Mensch, Natur und Trinkwasser.

Ein großer Erfolg ist auch die Verschärfung des Sexualstrafrechtes. Endlich gilt der Grundsatz: **„Nein heißt Nein!“** Auch sexuelle Belästigung wird künftig generell unter Strafe gestellt, genauso wie Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aus Gruppen heraus.

In der 2. Jahreshälfte stehen u.a. das **Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen** sowie das **Bundesteilhabegesetz** im Deutschen Bundestag an. Wir bleiben außerdem beim **Lohn gerechtigkeitsgesetz** dran. Die Union blockiert den Gesetzentwurf, während die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen weiterhin bei 21 Prozent liegt.

Und wir lassen auch bei der **Rente** nicht locker. Die CSU will zwar wieder einmal den Koalitionsvertrag hintergehen, aber wir haben die solidarische Lebensleistungsrente vereinbart und die wird auch kommen. Genauso wie das Gesamtkonzept zur Rente, das Bundessozialministerin Andrea Nahles im Herbst vorlegen wird.



„Ruhrgebiet – Tradition neu denken“: Wie werden wir in Zukunft arbeiten und leben? Wie sehen Wirtschaft und Industrie von morgen aus? Rund 450 Personen waren unserer Einladung der SPD in NRW am 1. Juli in den Steinhof gefolgt. Sie erlebten eine tolle Konferenz u.a. mit Martin Schulz, Ralf Jäger, Mike Groschek, Garrelt Duin - und mit viel Ruhrpotential. Zusammen mit meinem Bundestagskollegen Michael Groß habe ich die Konferenz moderiert und zum Abschluss betont: Die Diskussion über Zukunftsideen für das Ruhrgebiet müssen wir fortzuführen.

Der RRX kommt

Der 6-gleisige Ausbau des Rhein-Ruhr-Express zwischen Düsseldorf und Duisburg-Hauptbahnhof ist im Kabinettsentwurf des Bundesverkehrswegeplans in der höchsten Priorität eingestuft. Das ist eine sehr gute Nachricht für Duisburg, denn durch diesen Ausbau haben die Menschen einen Anspruch auf zusätzlichen, modernen Lärmschutz. In einem Brief an Verkehrsminister Dobrindt und Gesprächen im Ministerium hatten mein Kollege Mahmut Özdemir und ich uns für diesen Ausbau engagiert.



„Ein bisschen Frieden?“: Meine Fraktion vor Ort-Veranstaltung war mit rund 90 Besuchern im Kleinen Prinz eine spannende Veranstaltung. Danke an unseren außenpolitischen Sprecher Niels Annen, Brigitte Timmer, Stefán Dellwo und den AK Europa sowie Mahmut Özdemir und Hans Pflug.

33 Millionen für Duisburg

Mit weiteren rund 33 Millionen Euro wird Duisburg ab dem Jahr 2018 durch den Bund entlastet. Dies geht aus ersten Berechnungen der NRW-Landesregierung hervor, die den Bezirksregierungen vorgelegt wurden. SPD und Union hatten sich im Koalitionsvertrag auf eine Entlastung für die Kommunen um 5 Milliarden Euro geeinigt. Die SPD zeigt sich als starker und verlässlicher Partner der Kommunen. Jetzt wird ein zentrales Versprechen umgesetzt, für das die SPD lange gekämpft hat.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++21.08.: Eröffnung Kinder und Bürgerfest Rumeln/Kaldenhausen

+++22.08.: Besuch bei HKM+++

+++23.08.: Treffen mit meiner PPP-Rückkehrerin +++

+++31.08.-02.09.: Klausurwoche der SPD-Bundestagsfraktion+++

+++05.-09.09.: Haushaltswochen des Deutschen Bundestages+++

+++Weitere Termine auf www.baerbelbas.de+++



Besuch aus Duisburg im Deutschen Bundestag



50 politisch-interessierte BürgerInnen aus Duisburg waren von 10. bis 13.07. meiner Einladung nach Berlin gefolgt. Mit dabei waren u.a. engagierte Mitglieder der Turnerschaft Duisburg-Rahm, der AWO Rumeln-Kaldenhausen oder von TuRa 88. Neben dem Reichstagsgebäude standen u.a. auf dem Programm: das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen sowie das Stasi-Museum. Die Reise haben wir zusammen mit dem Bundespresseamt organisiert.

Mein Tagebuch



Fototermin mit Staatssekretär im Verkehrsministerium = zehn Sekunden für ein Foto zur Übergabe des Förderbescheids zum Breitbandausbau in Duisburg. Kann man machen. Oder man macht es wie meine Mitarbeiterin Ruth: Einfach ein Foto ohne Staatssekretär am Rande schießen. Sieht auch gut aus.

Zum Ferienbeginn rechnet die Internetplattform Abgeordnetenwatch.de das Ant-

wortverhalten der Bundestagsabgeordneten auf Bürgeranfragen in Schulnoten um. Mit einer 100 Prozent-Quote habe ich auch in diesem Jahr ein „Sehr gut“ erhalten. Bürgernähe bedeutet für mich u.a., dass alle Zuschriften aus meinem Wahlkreis beantwortet werden – egal, ob sie per Brief, per Mail oder eben über Abgeordnetenwatch kommen.

Im Rahmen der Duisburger CSD-Kulturwoche habe ich am 18. Juli bei einem Kamingespräch mit unseren Schwusos über Gleichstellungspolitik diskutiert. Seit Montag ist mein Namensbeitrag zum Lebenspartnerschaftsgesetzes online, u.a. hier: www.baerbelbas.de.



Bis zum nächsten Mal, ich freu mich drauf, Bärbel Bas